RheinlandPfalz
MINISTERIUM DES INNERN
UND FÜR SPORT

Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz
Postfach 3280 | 55022 Mainz

Präsidenten des Landtags
Rheinland-Pfalz
Herrn Hendrik Hering
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17 / 5119
VORLAGE

DER MINISTER

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-3595
Poststelle@mdi.rlp.de
www.mdi.rlp.de

Juli 2019

| Mein Aktenzeichen | Ihr Schreiben vom | Ansprechpartner/-in / E-Mail | Telefon / Fax |
|---|---|---|---|
| Bitte immer angeben! | | Philipp Staudinger<br>Philipp.Staudinger@mdi.rlp.de | 06131 16-3432<br>06131 16-173432 |

**Sitzung des Innenausschusses am 19. Juni 2019**
**TOP 9: Verfassungsschutzbericht 2018**
**Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
**nach § 76 Abs. 2 GOLT**
**- Vorlage 17/4943 -**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, lieber Hendrik,

in der Sitzung des Innenausschusses am 19. Juni 2019 wurde zu TOP 9 „Verfassungsschutzbericht 2018" eine schriftliche Berichterstattung vereinbart. Ich bitte Sie, den nachfolgenden Bericht den Mitgliedern des Innenausschusses zu übermitteln.

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht kann wie folgt zusammengefasst werden: Die Gefahrenpotenziale Terrorismus, Extremismus und Spionage haben weder an Bedeutung noch an Intensität eingebüßt.

Zu den aktuellen, phänomenübergreifenden Herausforderungen zählt die Gefahr, die von selbstradikalisierten oder von dritter Seite indoktrinierten, extrem kaltblütig vorgehenden terroristischen Einzeltätern oder Kleingruppen mit islamistischem oder rechtsextremistischem Hintergrund ausgeht.

Ein weiteres zentrales sicherheitspolitisches Problem sind aus Sicht der Landesregierung die Aktivitäten von Terroristen, Extremisten und fremden Nachrichtendiensten in der

digitalen Welt. Die über soziale Medien betriebene menschenverachtende Hetze und die Versuche, Meinungsbildungsprozesse zu manipulieren, haben eine erhebliche Dimension angenommen. Gleiches gilt für die virtuelle Vernetzung von Extremisten, die Mobilisierung und die Nachwuchswerbung.

Als dritte phänomenübergreifende Herausforderung bewertet die Landesregierung die vermehrten Versuche vor allem rechtsextremistischer Kreise, Anschluss an die Mitte der Gesellschaft zu gewinnen, um ideologische Tabus aufzuweichen und um den innergesellschaftlichen Diskurs zu beeinflussen. Beispielhaft sind die Versuche von Rechtsextremisten im Zuge der Demonstrationen in Kandel im Jahr 2018.

Ein weiteres Problem ergibt sich aus dem in Teilen des extremistischen Spektrums wahrzunehmenden wachsenden Bedeutungsverlust fester Strukturen und Organisationsformen. Hiermit einher vergrößern sich das Spektrum informeller, aktionsorientierter Kreise und die virtuellen Erscheinungsformen. Diversität, Spontanität und nicht zuletzt schwer zu lokalisierende Radikalisierungstendenzen fordern die Sicherheitsbehörden.

Zur Situation in Rheinland-Pfalz und zu den einzelnen Phänomenbereichen ergibt sich folgendes Bild:

Rheinland-Pfalz ist kein "Hotspot" des Extremismus. Eine vergleichsweise anhaltend geringere Belastung bedeutet aber keine Entwarnung. So ist für das Jahr 2018 ein Anstieg der Fallzahlen politisch motivierter Kriminalität und insbesondere der darin enthaltenen Gewaltdelikte in den Bereichen Rechts- und Linksextremismus zu verzeichnen. Ebenso stieg die Zahl der angesichts der jüngeren deutschen Geschichte besonders verwerflichen antisemitisch motivierten Straftaten.

Zugleich sind Anstiege des Personenpotenzials des sogenannten Reichsbürgerspektrums und im Bereich Islamismus festzustellen. Die übrigen extremistischen Personenpotenziale blieben hingegen weitgehend konstant.

Die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus hält unvermindert an; die abstrakte Terrorgefahr bleibt hoch. Dabei stellen Rückkehrer und Rückkehrerinnen aus Kampfgebieten des "Islamischen Staates" Sicherheitsbehörden und Justiz gleichermaßen vor große Herausforderungen. Weltanschauliche Radikalisierung und Kampferfahrungen

ergeben zusammen eine gefährliche Kombination. Zudem hält der Zulauf zur Salafistenszene im Bundesgebiet weiter an. Diese besonders rigide Form des Islamismus trägt dazu bei, den geistigen Nährboden für den jihadistischen Terrorismus zu schaffen.

Auch der Rechtsextremismus ist und bleibt eine der zentralen Herausforderungen für den Staat und die Gesellschaft. Kurzfristige Auswirkungen auf die Sicherheitslage gehen in erster Linie von gewalt- und aktionsorientierten Rechtsextremisten aus. Es besteht die permanente Gefahr von Radikalisierungsprozessen, die in den sozialen Medien und in der Realwelt ablaufen und bis hin zum Entstehen terroristischer Strukturen führen können. Früherkennung ist daher ein entscheidender Faktor. Eine potenziell langfristige Gefahr sieht die Landesregierung in einer schleichenden Erosion der Abgrenzung zwischen dem rechtsextremistischen Lager und Teilen des bürgerlich-demokratischen Spektrums. Rechtsextremisten zeigen sich verstärkt bestrebt, Anschluss an die gesellschaftliche Mitte zu finden.

"Reichsbürger"-Aktivitäten richten sich weiterhin mit Schwerpunkt gegen die öffentliche Verwaltung und gegen die Justiz. Dabei hat sich die bereits 2017 gewonnene Erkenntnis eines zunehmend aggressiveren Auftretens in Schriftform und durch persönliche Vorsprachen weiter verdichtet. Diesen Provokationen begegnet das Land mit aller Entschiedenheit. Rechtsverstöße werden konsequent geahndet, die Bediensteten der Verwaltung auf Aktivitäten der "Reichsbürger" vorbereitet.

Die linksextremistische gewaltorientierte Szene in Rheinland-Pfalz bewegt sich anhaltend auf einem eher niedrigen Niveau. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten erfolgen hauptsächlich anlassbezogen und reaktiv. Linksextremisten beteiligten sich auch 2018 in breiten, von zivilgesellschaftlichen Gruppen getragenen Bündnissen und versuchten diese zu beeinflussen. In Ansätzen - unterstützt von Szeneangehörigen aus angrenzenden Ländern - zeigte sich dies bei Protestaktionen in Kandel.

Gemessen an der Größe ihrer Anhängerschaft und den Aktivitäten auf deutschem Boden ist die "Arbeiterpartei Kurdistans" - PKK im Bereich des nichtislamistischen Ausländerextremismus der bedeutendste Faktor geblieben. In Rheinland-Pfalz verhielt sich die PKK 2018 weitgehend unauffällig.

Von anhaltender Relevanz ist neben dem Extremismus das Thema Spionage:

Deutschland ist nach wie vor ein prioritäres Ziel fremder Nachrichtendienste. Angesichts der gewachsenen Zahl weltweiter Krisenherde richtet sich die Ausspähung aktuell mit Schwerpunkt auf politisch-strategische Entscheidungsprozesse und die Rolle Deutschlands in der EU und der NATO. Daneben ist der wissenschaftlich-technologische Komplex, speziell die Bereiche Hoch- und Schlüsseltechnologien wie Bio- und Medizintechnik und die Chemiebranche, anhaltend Ziel fremder Nachrichtendienste. In diesem Zusammenhang deutlich zugenommen haben Cyberattacken.

Angesichts der skizzierten Sicherheitslage ist ein gut aufgestellter, effizient arbeitender Verfassungsschutz wichtiger denn je. In Rheinland-Pfalz ist dies der Fall. Unser Verfassungsschutz beobachtet intensiv entlang seiner gesetzlichen Aufgaben, analysiert mit großem Sachverstand und informiert Politik und Gesellschaft zeitnah.

Mit freundlichen Grüßen

Dein Roger Lewentz

Roger Lewentz